

Bundesweite Friedensdemo ohne die DFG-VK

DFG-VK-BundessprecherInnenkreis kritisiert einseitigen und unkonkreten Demonstrationaufruf

Der umstrittene und von der DFG-VK nicht unterstützte Aufruf für die Demonstration am 8. Oktober in Berlin

Die Waffen nieder!!!
Kooperation statt NATO-Konfrontation,
Abrüstung statt Sozialabbau

Die aktuellen Kriege und die militärische Konfrontation gegen Russland treiben uns auf die Straße.

Deutschland befindet sich im Krieg fast überall auf der Welt. Die Bundesregierung betreibt eine Politik der drastischen Aufrüstung. Deutsche Konzerne exportieren Waffen in alle Welt. Das Geschäft mit dem Tod blüht.

Dieser Politik leisten wir Widerstand. Die Menschen in unserem Land wollen keine Kriege und Aufrüstung - sie wollen Frieden.

Die Politik muss dem Rechnung tragen. Wir akzeptieren nicht, dass Krieg immer alltäglicher wird und Deutschland einen wachsenden Beitrag dazu leistet: in Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien, Jemen, Mali. Der Krieg in der Ukraine ist nicht gestoppt. Immer geht es letztlich um Macht, Märkte und Rohstoffe. Stets sind die USA, NATO-Mitgliedstaaten und deren Verbündete beteiligt, fast immer auch direkt oder indirekt die Bundesrepublik.

Krieg ist Terror. Er bringt millionenfachen Tod, Verwüstung und Chaos. Millionen von Menschen müssen fliehen. Geflüchtete brauchen unsere Unterstützung und Schutz vor rassistischen und nationalistischen Übergriffen. Wir verteidigen das Menschenrecht auf Asyl. Damit Menschen nicht fliehen müssen, fordern wir von der Bundesregierung, jegliche militärische Einmischung in Krisengebiete einzustellen.

Die Bundesregierung muss an politischen Lösungen mitwirken, zivile Konfliktbearbeitung fördern und wirtschaftliche Hilfe für den Wiederaufbau der zerstörten Länder leisten.

Die Menschen brauchen weltweit Gerechtigkeit. Deshalb lehnen wir neoliberale Freihandelszonen wie TTIP, CETA, ökologischen Raubbau und die Vernichtung von Lebensgrundlagen ab.

Deutsche Waffenlieferungen heizen die Konflikte an. Weltweit werden täglich 4,66 Milliarden Dollar für Rüstung verpulvert. Die Bundesregierung strebt

an, in den kommenden acht Jahren ihre jährlichen Rüstungsausgaben von 35 auf 60 Milliarden Euro zu erhöhen. Statt die Bundeswehr für weltweite Einsätze aufzurüsten, fordern wir, unsere Steuergelder für soziale Aufgaben einzusetzen.

Das Verhältnis von Deutschland und Russland war seit 1990 noch nie so schlecht wie heute. Die NATO hat ihr altes Feindbild wiederbelebt, schiebt ihren politischen Einfluss und ihren Militärapparat durch Stationierung schneller Eingreiftruppen, Militärmanöver, dem sogenannten Raketenabwehrschirm - begleitet von verbaler Aufrüstung - an die Grenzen Russlands vor. Das ist ein Bruch der Zusagen zur deutschen Einigung. Russland antwortet mit politischen und militärischen Maßnahmen. Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden. Nicht zuletzt steigert die Modernisierung genannte Aufrüstung der US-Atomwaffen die Gefahr einer militärischen Konfrontation bis hin zu einem Atomkrieg.

Sicherheit in Europa gibt es nur MIT und nicht GEGEN Russland.

Wir verlangen von der Bundesregierung:

- den Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen
- die drastische Reduzierung des Rüstungsetats
- den Stopp der Rüstungsexporte
- die Ächtung von Kampfdrohnen
- keine Beteiligung an NATO-Manövern und Truppenstationierungen entlang der Westgrenze Russlands.

Wir sagen Nein zu Atomwaffen, Krieg und Militärinterventionen.

Wir fordern ein Ende der Militarisierung der EU. Wir wollen Dialog, weltweite Abrüstung, friedliche zivile Konfliktlösungen und ein auf Ausgleich basierendes System gemeinsamer Sicherheit.

Für diese Friedenspolitik setzen wir uns ein.

Wir rufen auf zur bundesweiten Demonstration am 8.10.2016 in Berlin.

Die Veranstalter_innen: Bundesausschuss Friedensratschlag; Kooperation für den Frieden; Berliner Friedenskoordination

Unter dem von der DFG-Gründerin Bertha von Suttner übernommenen Motto „Die Waffen nieder!“ hatten der Bundesausschuss Friedensratschlag, die Kooperation für den Frieden und die Berliner Friedenskoordination zu einer bundesweiten Demonstration am 8. Oktober in Berlin aufgerufen. ... und der DFG-VK-Bundesverband hat diesen Aufruf nicht unterstützt, also ihn weder unterschrieben, noch seine Gruppen und Mitglieder zur Demo mobilisiert. Das ist erklärungsbedürftig.

Wir veröffentlichen im Kasten links den Aufruf, der die Ausgangslage aus Sicht der VeranstalterInnen friedenspolitisch analysiert und mit Forderungen an die Bundesregierung endet.

Dass diese Demonstration am 8. Oktober veranstaltet werden sollte, war seit mehreren Monaten bekannt, auch bei der Sitzung des DFG-VK-Bundesausschusses, des höchsten Gremiums zwischen den Bundeskongressen, am 2./3. Juli. Im Protokoll dieser Sitzung heißt es, dass über diese „bundesweite zentrale Demonstration in Berlin“ diskutiert wurde und die Debatte darüber kontrovers war: „Es wird festgestellt, dass es zwar bereits einen Entwurf zu einem Aufruf zu dieser Demonstration gibt, jedoch noch keinen offiziellen Aufruf, so dass die DFG-VK noch nicht beschließen kann, ob sie einen entsprechenden Aufruf unterstützt. Viel zu vieles unklar als dass wir derzeit Partner der Demo sein sollten. Starke Kritik am intransparenten Vorgehen der beteiligten Verantwortlichen.“ Gefasst wurde dann dieser Beschluss: „Der Bundesausschuss hält eine kritische Begleitung der Demonstration am 8. Oktober 2016 für angemessen und delegiert die Entscheidung zur Unterstützung an den BundessprecherInnenkreis. Der BSK informiert die BA-Delegierten über den Aufruf, sobald dieser vorliegt.“

Nachdem der Text des Ausrufs dann vorlag, diskutierte der BundessprecherInnenkreis ausführlich und kam zur Entscheidung, nicht zu der Demonstration aufzurufen. Eine Begründung dafür verfasste Michael Schulze von Glaßer als stellvertretender politischer Geschäftsführer und fasste die Kritik des Vorstandsgremiums in vier Punkten zusammen (siehe Kasten auf der rechten Seite).

Entsprechend der bereits Ende letzten Jahres festgelegten Planung findet die nächste Sitzung des Bundesausschusses in

Kassel am selben Wochenende statt wie die Demo in Berlin. Da niemand einen Antrag auf eine Terminveränderung stellte, blieb und bleibt es bei dieser Planung, so dass die gewählten Mitglieder des BundessprecherInnenkreises und die Delegierten aus den Landesverbänden bei der Sitzung in Kassel sein dürften.

Laut der Homepage www.friedensdemo.org haben (Stand: 26. September) 183 „Initiativen/Organisationen“ den Aufruf unterschrieben, darunter - trotz der Empfehlung des BSK - auch acht DFG-VK-Gruppen und zwei Landesverbände.

Bemerkenswert erscheint, dass einige Organisationen wie beispielsweise der Versöhnungsbund oder Ohne Rüstung Leben, mit denen die DFG-VK seit vielen Jahren eng zusammenarbeitet (z.B. mit ORL bei der „Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!“) ebenfalls nicht unterschrieben haben. Pax Christi, ebenfalls wichtiger Bündnispartner bei der „Aktion Aufschrei“ wird in der veröffentlichten Liste kommentarlos als Unterstützer aufgeführt, obwohl der Pax-Christi-Bundesvorstand ausdrücklich lediglich die Forderungen unterstützt, den Aufruf selbst aber nicht unterschrieben hat.

Nach dieser Vorgeschichte und den Begleitumständen scheint es angebracht, dass sich die DFG-VK auf allen Ebenen intensiv mit der Frage ihrer zukünftigen Bündnisarbeit beschäftigt und klare Kriterien entwickelt, mit wem sie in welcher Form und unter welchen Voraussetzungen künftig zusammenarbeiten will.

Stefan Philipp

Impressum

Redaktionsanschrift: Zivil Courage, Werastraße 10, 70182 Stuttgart, Telefon 0711-51 89 26 20, Telefax 03212-1028255, eMail zc@dfg-vk.de, Internet www.zc-online.de • Herausgeberin: Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnernInnen e.V. (DFG-VK), Werastraße 10, 70182 Stuttgart • Redaktion: Stefan Philipp (verantwortlich; eMail sp.zc@dfg-vk.de); Frank Brendle (eMail fb.zc@dfg-vk.de); Stephan Brues (eMail sb.zc@dfg-vk.de) • Druck: UWS-Druck, Libanonstraße 72a, 70184 Stuttgart, Telefon 0711-463005 • Vertrieb: Neckartalwerkstätten, Hafensbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-3202834 • ISSN: 1614-1954 • Anzeigenverwaltung: Bernhard Kusche, Hopfenweg 12, 86754 Munningen, Telefon 09082-90056, Telefax 09082-911200, eMail anzeigen-zc@dfg-vk.de; zurzeit ist die Anzeigenpreislise Nr. 13 vom 1.1.2014 gültig. • Erscheinungsweise: fünf Mal jährlich • Haftungsausschluss: Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. • Offizielle Stellungnahmen der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. • Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. • Der Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält. • Bezugsbedingungen: Mitglieder der DFG-VK erhalten die Zivil Courage kostenlos. Ein Jahresabonnement kostet 14 € inklusive Porto; Abbonierung schriftlich bei der Herausgeberin. • Beilage: „Südwest-Kontakte“ des DFG-VK-Landesverbands Baden-Württemberg (Teilaufgabe) • Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 26. September. Die nächste Ausgabe erscheint im Dezember, Redaktionsschluss ist der 1. November.

Erklärung des DFG-VK-BundessprecherInnenkreises

Der BundessprecherInnenkreis und ich als stellvertretender politischer Geschäftsführer haben am 21. Juli über den Aufruf zur Demonstration am 8. Oktober in Berlin kontrovers diskutiert, um - wie bei der Sitzung des Bundesausschusses am 3. Juli beschlossen - zu entscheiden, ob der DFG-VK-Bundesverband ihn unterstützt oder nicht.

Die größte Kritik am Aufruf ist, dass, nachdem in aller Ausführlichkeit und zu Recht (!) die aggressive Politik der NATO beschrieben wird, es zu Russland nur kurz heißt: „Russland antwortet mit politischen und militärischen Maßnahmen.“ Das ist schwach und für eine Organisation wie unsere, die Frieden weltweit will und sich gegen jedes Militär und jeden Imperialismus wendet, zu kurz gefasst:

1. Von den Fakten her: Russland reagiert nicht nur mit irgendwelchen nicht weiter erwähnenswerten Maßnahmen. Die Nato-Expansion, Nato-und-EU- sowie rechte Kräfte innerhalb des Landes haben in Russland schon seit Jahren Nationalismus, Imperialismus, Militarismus, geopolitisch begründete Ansprüche und Autoritarismus verstärkt und analog zum Feindbild „Russland“ im Westen das Feindbild „Westen“ in Russland wiederbelebt. Hinzu kommt, dass die russische Regierung mit rechtspopulistischen und faschistischen Kräften in Westeuropa zusammenarbeitet. Russland hat auf die westliche Vereinnahmung der Ukraine mit der - wie auch immer zu benennenden - Eingliederung der Krim, mit einem mehr oder weniger verdeckten Krieg in der Ost-Ukraine und diversen Drohungen gegenüber der Unabhängigkeit und der territorialen Integrität von Nachbarländern geantwortet. Diese wesentlichen Fakten, die für viele Menschen ein Grund zur Sorge sind (mindestens in dem Maße wie das westliche Säbelrasseln), kommen im Aufruf nicht vor.

2. Es entsteht der Eindruck (wieder einmal), dass die Friedensbewegung auf der Seite der russischen Regierung steht. Wenn die Friedensbewegung über eine bestimmte Nato-kritische politische Szene hinaus glaubwürdig wirken will, darf sie nicht pro-russisch wirken! Selbstverständlich ist es Hauptaufgabe der westlichen Friedensbewegung, den westlichen Militarismus und Imperialismus zu bekämpfen und zu bremsen. Aber dazu ist Glaubwürdigkeit nötig. Die Friedensbewegung muss **jeden** Militarismus und

Imperialismus ablehnen, auch den russischen!

3. Die im Aufruf richtig konstatierte „Gefahr einer militärischen Konfrontation bis hin zu einem Atomkrieg“ wird sehr schlecht belegt. Der Aufruf erweckt den Eindruck, dass der Westen bisher ungestraft aufrüsten und expandieren konnte. Warum könnte es dann nicht einfach so weitergehen, wenn von russischer Seite bisher offenbar nur einige nicht weiter erwähnenswerte Maßnahmen kamen und offenbar auch sonst nichts Erwähnenswertes zu erwarten ist? Das klingt nicht nach Eskalationsgefahr und dem erwähnten „Teufelskreis“. Genau diese Gefahr sollte ein solcher Aufruf aber plausibel und überzeugend darstellen.

4. Der Aufruf ist in vielen Punkten unkonkret und vermengt Sachverhalte: Die Nato bricht mit ihrer neuen, „rotierenden“ Truppenstationierung eindeutig ein bestehendes Rüstungsbegrenzungsabkommen. Zudem haben die USA 2001 den ABM-Vertrag gekündigt und später in aggressiver Weise Raketen stationiert. Durch das EU-Assoziierungsabkommen hat der Westen wiederum dazu beigetragen, dass in der Ukraine verfassungswidrig eine pro-westliche Regierung an die Macht kam, obwohl ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung eine solch einseitige Westbindung zulasten der Bindungen an Russland ablehnt und ein Konflikt mit Russland unvermeidlich war. Diese drei Punkte könnten und sollten konkret angeprangert werden. Stattdessen wird auf die ziemlich nebulösen Versprechungen und Erwartungen aus der Zeit der Aushandlung der deutschen Vereinigung verwiesen, über die es höchst widersprüchliche Aussagen der Beteiligten gibt und die nirgendwo vertraglich fixiert wurden.

Aus diesen Gründen hat der BSK beschlossen, dass der DFG-VK-Bundesverband den vorliegenden Aufruf nicht unterstützt. Hätte der Aufruf in diesem Sinne (s.o.) gelaute, hätte der BSK anders entschieden. Allerdings haben die Verfasser-Organisationen bereits mitgeteilt, dass der Aufruf nicht mehr zu verändern ist.

Der BSK empfiehlt auch den Gruppen und Landesverbänden, den Aufruf nicht zu unterschreiben.

Michael Schulze von Glaßer (stellvertretender politischer Geschäftsführer) für den BundessprecherInnenkreis der DFG-VK